Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Keine «Grosse Wende»

Bei Niederschrift dieser Zeilen, am frühen Morgen nach dem eidgenössischen Wahltag vom 18. Oktober, liegt noch keine definitive Sitzverteilung für den Nationalrat vor. Beim Ständerat ist es nicht nur eine Frage von Stunden, sondern von mehreren Wochen, bis das Endresultat feststehen wird; denn für zehn Mandate wird ein zweiter Wahlgang nötig sein. Doch eines ist bereits jetzt klar: Die «Grosse Wende» findet nicht statt.

Zwar haben die «Grünen» Terrain gutgemacht, aber bei weitem nicht in dem von ihnen erhofften Ausmass. Es hat sich also seit den kantonalen Frühjahrswahlen, wo sich vor allem im Kanton Zürich ein starker «Grünrutsch» ergeben hatte, einiges verändert. Der nach «Tschernobyl» und «Schweizerhalle» verständlicherweise eingetretene, extreme Pendelausschlag der Sorgen um die Umwelt hat sich wieder abgeschwächt.

Der Traum von einer «Neuen Mehrheit» ist aber für deren Protagonisten noch aus einem weiteren Grund in ein hartes Erwachen ausgemündet: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat an diesem Wahlsonntag eine schwere Niederlage einstecken müssen. Ihr Wähleranteil hat einen Tiefstand erreicht, wie er seit 1947 nie mehr zu verzeichnen war. Das ist für die übrigen Regierungsparteien ganz und gar kein Grund zum Triumphieren. Die Aufsplitterung im linken Spektrum der politischen Schweiz wird in unserem System der «wechselnden Mehrheiten» alles schwieriger machen, ganz abgesehen davon, dass die SP vor einer weiteren Phase grosser interner Spannungen steht.

Anderseits hat sich die besonders nach dem Rücktritt von Bundesrat Schlumpf hochgespielte Frage des weiteren Verbleibs der SVP in der Bundesregierung auf geradezu sensationelle Weise erledigt. Denn aus der «programmierten» Verliererin ist eine strahlende Siegerin geworden. Die schlechten Prognosen haben hier offensichtlich zu einer Generalmobilmachung der Stammwähler geführt, nachdem die SVP bisher — wie übrigens auch die FDP — immer Mühe bekundet hatte, die in kantonalen Wahlen erzielten Stimmenanteile auch bei den eidgenössischen Fechtgängen zu realisieren.

Es wird sich im übrigen diesmal ganz besonders lohnen, die Wahlresultate einer eindringlichen Nachanalyse zu unterziehen. Die politische Landschaft dürfte sich nämlich unterschwellig doch mehr verändern, als dies in den nackten Mandatszahlen zum Ausdruck kommt.

Richard Reich

«Geordneter Wettbewerb»

Die vor kurzem durch den Bundesrat verabschiedete Botschaft zur Ausführungsgesetzgebung des Radio- und Fernsehartikels der Bundesverfassung hat, was zu erwarten war, eine eher zwiespältige Aufnahme gefunden. Nicht davon soll jedoch die Rede sein, sondern von der Art und Weise, *wie* dieses Gesetz von seinen Protagonisten, vorab natürlich dem Bundesrat, in der Öffentlichkeit verkauft wird. Da war immer wieder von der Notwendigkeit eines *«geordneten»* Wettbewerbs die Rede — womit unterschwellig suggeriert werden soll, dass ein «ungeordneter» Wettbewerb, bei dem alle Marktteilnehmer mit den gleichen Chancen und Risiken antreten, bei dem die Spiesse der Wettbewerber gleich lang sind und der Konsument darüber entscheidet, welche der angebotenen Leistungen er aufnehmen will, als chaotisch und damit als ordnungsbedürftig zu betrachten ist. Man kann Gift darauf nehmen, dass dieses «Argument» in der nun anhebenden Auseinandersetzung nach Strich und Faden strapaziert werden wird.

Diese Interpretation ist natürlich hochgradige *Rabulistik;* sie hat schon fast marxistische Dimensionen. Die «frühen» Marxisten haben den Markt, an dem sich ihr ideologischer Zorn entzündete, ebenfalls als ein chaotisches, weil ungeordnetes Gebilde dargestellt; nun, da sie im Rahmen der Reformpolitiken nicht mehr auf seine Qualitäten glauben verzichten zu können, haben sie ihm den Label «sozialistisch» umgehängt und meinen damit, dass er, um seine «positiven» Fähigkeiten voll entfalten zu können, der Reglementierung bedürfe. Sozialistischer Wettbewerb ist reglementierter Wettbewerb. Dieses Schicksal soll nach dem Willen des Bundesrates auch dem Medienmarkt widerfahren. Es geht also nicht um eine Ordnung im marktwirtschaftlichen Sinne, sondern im Fadenkreuz der Zielsetzung steht eine Marktregulierung mit der deklarierten Absicht, *einem* Marktteilnehmer, nämlich der SRG, eine besondere, eine privilegierte Marktstellung einzuräumen. Wie gesagt, mit marktwirtschaftlicher Ordnung hat das nichts zu tun, sondern vielmehr mit der Korrektur eines Marktes zugunsten eines Teilnehmers, also mit *Reglementierung.*

Wirksamer Wettbewerb, der der Marktwirtschaft, wie es nun auch im neuen Kartellgesetz steht, zugrunde liegen sollte, verkörpert ein Ordnungsprinzip; im Wettbewerb stehende Märkte offerieren eine organisatorische Möglichkeit der Entscheidungsabstimmung. Damit ist noch keineswegs ausgesagt, dass nie und nirgends von diesem Prinzip abgewichen werden dürfe und solle. Die schweizerische Wettbewerbspolitik kennt Gründe, die eine Abweichung unter Umständen rechtfertigen können. Ob sich die Medienmarktordnung, so wie sie nun geplant ist, im Lichte der bisherigen wettbewerbspolitischen Praxis als Ausnahme rechtfertigen liesse, bleibe dahingestellt. Wenn jedoch, aus welchen Gründen auch immer, eine Abweichung bejaht wird, dann geht es eben nicht um die Herstellung einer (marktwirtschaftlichen) Ordnung, sondern um ihre Einengung oder im Extremfalle um ihre Aufhebung, ergo

um die Zulassung einer «Sonderordnung», innerhalb derer Privilegien Platz haben. Solche Konstruktionen haben kartellähnlichen Charakter; er ergibt sich allerdings in diesem Falle nicht aufgrund privatrechtlicher Absprachen, sondern fliesst aus einer Gesetzgebung, die besondere Marktpositionen begründet. Und dies zeigt einmal mehr, dass der Staat, der den Wettbewerb schützen sollte, nicht selten Mühe bekundet, sich an die von ihm verkündeten Regeln zu halten, wenn es um seine eigenen Interessen geht. Dann wandelt sich eine Wettbewerbsverfälschung flugs zu einem «geordneten» Wettbewerb. Ausdruck eines schlechten Gewissens?

Willy Linder

Glasnost, ja — perestroika, nein

Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler, Publizisten sind, wenn auch mit Einschränkungen, Nutzniesser der «glasnost» — ob wir das Wort mit «Transparenz» oder mit «Veröffentlichung» übersetzen. Das erfasst immerhin Millionen Leser, auch Zuschauer des Fernsehens, Theater, Film — in Grenzen. Die grosse Ungenannte, die Zensur, besteht weiter. Chefredaktoren der grossen literarischen Zeitschriften rühmen sich im Westen in Interviews ihrer neuen Entscheidungsfreiheit. Doch von der profitieren — wenn man das so ausdrücken darf — nur die verstorbenen Emigranten, nicht die lebenden. Von Gumilev, unter Lenin erschossen, bis zu Wladimir Nabokov, Pasternak, Grossmann — explosiv nur der Letztgenannte — werden viele Verschmähte jetzt veröffentlicht. Pasternaks Ausstossung aus dem Schriftstellerverband wurde aufgehoben — das hätte der Dichter gerne erlebt!

Wenn aber ein berühmter, in vielen Sprachen übersetzter, einst von «Novy Mir» geförderter Schriftsteller wie Woinowitsch, der in München lebt, dieser Zeitschrift eine Erzählung einschickt, erhält er vom gleichen sich seiner neuen Autorität rühmenden Chefredaktor einen Brief, der ihm mitteilt, er solle sich nicht einbilden, das erforderliche Niveau für diese Zeitschrift zu haben — da gebe es doch ganz andere.

Weder Solschenizyn noch sein liberaler Widersacher Siniavsky werden gedruckt. Von Josip Brodsky in New York — er gilt Kennern als einer der grössten Dichter russischer Sprache — sagt ein Chefredaktor: Das ist kein Dichter und ausserdem — Anspielung auf die jüdische Herkunft — ist er kein Russe.

So neu ist die Aneignung verstorbener Schriftsteller nicht. Nobelpreisträger Bunin wurde schon längst mit seinem Werk heimgeholt. Stirb und werde — rehabilitiert! Wie wird Brodsky als Träger des Nobelpreises bewertet werden?

*

Doch für die Aufarbeitung der Geschichte gilt auch das nicht. Im Regime des historischen Materialismus gibt es keine brauchbare Geschichte

der allein herrschenden Partei und damit der Sowjetunion. Die meisten Namen aus der Gründerzeit — von Trotzki über Bucharin bis Tuchatschewski — kommen fast nie vor. Anders als in der Literatur ist es diesmal die Vergangenheit, die verdeckt bleibt. Zwar hat Gorbatschow im Februar dieses Jahres gesagt: «Wir sollten nicht jene im Schatten lassen, die die Revolution gemacht haben. Wir dürfen die Namen nicht vergessen, nicht verschweigen.» Doch von einem offenen «Historikerstreit», wie er immerhin unter Chruschtschow stattfand (und zur Emigration von Nekritsch führte), kann nicht die Rede sein. Es gibt für Gorbatschow wie für jeden Generalsekretär seit Stalin nichts zwischen ihm selber und Lenin, oder doch nichts Rühmenswertes. Lenin und ich — dazwischen wüstes Land. Breschnjew gab es wohl, aber als düstere Kontrastfigur zum strahlenden Nachfolger — schuldig an der Stagnation.

Immerhin war Breschnjew in der Aussenpolitik dynamisch — Tschechoslowakei, Afghanistan, Angola, Mozambique ... Ob sein Nachfolger irgendeine dieser Positionen aufgeben wird? Die Vereinigten Staaten konnten einen ungeordneten Rückzug aus Vietnam verkraften. Könnte der Sowjetstaat seine Truppen aus Afghanistan zurückziehen, ohne Erschütterungen zu fürchten?

*

Allerdings ist mit Glasnost mehr geschehen, als viele Beobachter für möglich gehalten hatten. Und dieser Wandel ist folgenreich. Doch «Perestroika», der «Umbau», ist etwas anderes. Botho Kirsch berichtete in einer Osteuropatagung (vgl. «Osteuropa», 9/87, S. 703), man höre Leute auf der Strasse sagen: «Das einzige, was sich in unserm Land bewegt, sind die Lippen des Generalsekretärs.» Und auch: «Es gibt immer noch kein Fleisch, aber man darf darüber sprechen.»

Offenheit ist ein Ventil, kein Motor. Polen, Ungarn kennen weit mehr Offenheit als die Sowjetunion, doch wirtschaftliche Nöte hat diese kleine Freiheit offenbar nicht kuriert. In beiden Ländern zwingt die erheblich verschärfte Krise jetzt zu Massnahmen, die weit über die Moskauer Reformpläne hinausgehen.

Jugoslawien hat eine oft erstaunlich offene Presse, die einen gravierenden Skandal aufgedeckt hat, aber mit der vielgepriesenen Praxis der Selbstverwaltung kam es zu zahllosen Korruptionsdelikten, und irgendein Rezept scheint die Führung nicht zu haben.

Von den sowjetischen Arbeitern wird mehr Leistung verlangt. Qualität und nicht nur die am Arbeitsplatz irgendwie zugebrachte Zeit soll sich in den Löhnen niederschlagen. Doch wie will man wissen, ob die schlechte Qualität Schuld der Arbeiter ist und nicht vielleicht durch geliefertes Ausschuss-Material bedingt wurde? Die Betroffenen können oft genug die Lohnabzüge als ungerecht empfinden. Mehr Anstrengung, mehr ungewohnte Initiative und Verantwortungsfreudigkeit — zugleich aber keineswegs mehr materielle Anreize: das schafft Verdruss, auch Widerstand. Und nicht nur in der «Nomenklatura», die ohnehin nicht entmachtet werden kann — es sei denn durch Entstalinisierung mit Stalinschen Mitteln. Auch sowjetische Personen von Rang, die für Gorbatschow eintreten, verhehlen westlichen Besuchern ihre Skepsis nicht.

Doch kann Gorbatschow nicht auf die unzufriedenen Osteuropäer so dis-

ziplinierend einwirken, wie es Chruschtschow gegenüber Ungarn getan hat. Der Generalsekretär würde in diesem Fall sein «Image» im Westen verlieren, und das westliche Entgegenkommen ist auch innenpolitisch für ihn unersetzlich. Daher ist möglich, dass Wandel im westlichen Vorfeld und am Rand des Sowjetimperiums — von Osteuropa bis zum Baltikum — über die Moskauer Reformpläne hinausgehen wird. Der Eindruck, dass jetzt wie unter Peter dem Grossen alles von einem Zentrum her bewegt wird, mag täuschen. Die von Gorbatschow ausgelösten Veränderungen könnten andere sein als die von ihm gewollten.

François Bondy

Die ATAG-Gruppe

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung
Wirtschaftsinformation

ATAG
Allgemeine Treuhand AG
MITGLIED VON ARTHUR YOUNG INTERNATIONAL